

## **87. Landesparteitag, 20. November 2010**

### **Beschluss**

#### **Für einen zukunftsfähigen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, gegen eine isolierte Stadtbahn**

##### **I.**

Für Hamburgs Freie Demokraten bedeutet eine moderne Großstadtmobilität, Interessen des Individualverkehrs und des Öffentlichen Nahverkehrs miteinander in Einklang zu bringen. Die FDP bekennt sich zu den politischen Versprechen, die nördlichen Großraumsiedlungen, wie z. B. Steilshoop, sowie die Arenen, die westlichen Großraumsiedlungen Lurup und Osdorfer Born und die südlichen Gebiete unserer Stadt besser verkehrstechnisch anzubinden.

Jeder Stadtteil erfordert hierfür eigene Lösungen. Gelenkbusse mit ausreichendem Platz an den Haltestellen und ausreichenden Taktfrequenzen sind flexibler als Stadtbahnen. Außerdem behindern sie den Individualverkehr nicht so stark wie eine Stadtbahn ohne eigene Trasse. Die geplante Stadtbahn wird sich an bestimmten neuralgischen Punkten zu einem großen Verkehrshindernis entwickeln und den Individualverkehr noch stärker in die Wohngebiete verdrängen (Beispiel: Kreuzung Luruper Hauptstraße / Rugenbarg).

Aufbauend auf ein Verkehrsmodell muss ein Gesamtverkehrskonzept (ehem. Generalverkehrsplan / Verkehrsentwicklungsplan) für Hamburg und die Metropolregion erstellt werden. Die Verkehrsträger Schiene, Straße, Wege und Wasser sind als überregionale und auch innerstädtische Bedingungen einzubinden, mit dem Ziel zukünftige Mobilitätsbedürfnisse sozial, ökologisch und ökonomisch zu befriedigen. Dieses Verkehrskonzept und darauf abgestimmte Pläne zum Mobilitäts- und Verkehrsmanagement sollen bis 2013 vorliegen. Weitere Ziele sind: die Barrierefreiheit des ÖPNV weiter auszubauen sowie die öffentlichen Verkehrsmittel im Hinblick auf die aktuellen Umweltaforderungen und verfügbaren Techniken (Vorbildfunktion des ÖPNV) anzupassen.

##### **II.**

Die im Koalitionsvertrag von CDU und GAL vereinbarte Einführung einer Stadtbahn noch in der laufenden Legislaturperiode führt dazu, dass das Projekt ohne sorgsame Planung und Gesamt abwägung durchgesetzt werden soll. Das von der GAL entwickelte Konzept einer sog. Stadtbahn als zusätzlichem isolierten Verkehrsträger wird von der FDP Hamburg abgelehnt. Vorhersehbare schwere Behinderungen des Straßenverkehrs sowie eine nicht zu rechtfertigende Belastung des Hamburger Haushalts ohne nennenswerte Fortschritte für die anzubindenden Wohngebiete lassen dieses Vorhaben unverantwortlich erscheinen.

Die FDP fordert neben dem zukunftsgerichteten Aus- und Umbau der Verkehrsinfrastrukturen eine einheitliche Steuerung des Verkehrs der Metropolregion durch ein ganzheitliches Verkehrs- und Mobilitätsmanagement. Die bisherige weite Zersplitterung der Verantwortung im Verkehrsbereich in Betrieb und Planung auf die Stadtentwicklungsbehörde, die Wirtschaftsbehörde, die Innenbehörde, den HVV oder gar die verschiedenen Verkehrsträger HHA, DB oder PVG und auf die Bezirksämter sollte so weiterentwickelt werden, dass eine einfache, funktionsorientierte und somit transparente und handlungsfähige Organisationsstruktur entsteht.

Die FDP Hamburg unterstützt Bestrebungen und Aktivitäten, die Einführung einer Niederflur-Stadtbahn - ggf. auch mittels Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid - zu verhindern und fordert einen sofortigen Planungsstopp für das Projekt. Der Landesparteitag der FDP Hamburg betont ausdrücklich, dass er die Bestrebungen der betroffenen Bevölkerung und Anwohner gegen die vorliegende Planung der Stadtbahn versteht und unterstützt.

### III.

Im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzeptes hält die FDP den konsequenten Einsatz von Hybridbussen sowie den Ausbau bestehender S- und U-Bahnstrecken, wie z. B. in Richtung Ahrensburg und Lüneburg, für vordringlich. Größtmögliche Finanzierung über Bundesmittel ist dabei ebenso Voraussetzung wie das unerlässliche Streben nach einer Konsolidierung des Hamburger Haushalts. Hierbei können auch Ausfädelungen aus dem derzeitigen Schnellbahnsystem in Betracht kommen.

Gerade bei dem Vorhaben, eine Stadtbahn als neuen zusätzlichen Verkehrsträger in Hamburg zu installieren, ist es sehr fragwürdig und risikoreich, dass die Realisierung des Netzes an die HHA als Hamburg eigene Gesellschaft vergeben wurde. Seit langem fordert die FDP die Privatisierung oder Teilprivatisierung der HHA und anderer Verkehrsträger, an denen Hamburg beteiligt ist. Die Forderung gilt insbesondere in Bezug auf risikoreiche Vorhaben der Ergänzung des vorhandenen öffentlichen Personennahverkehrs durch bisher nicht vorhandene Verkehrsträger, wie die geplante Stadtbahn.